

Martin H. W. Möllers / Robert Chr. van Ooyen

**Bundesverfassungsgericht
und Öffentliche Sicherheit**

Band 1: Grundrechte

3., erweiterte Auflage

mit einem Gastbeitrag von
Hans Peter Bull

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 3.1

ISBN 978-3-86676-309-8

Verlag für Polizei-wissenschaft

Prof. Dr. Clemens Lorei

Inhalt

Vorwort	15
---------	----

Einführung

Robert Chr. van Ooyen

Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld Öffentliche Sicherheit: Von ‚Schleyer‘ zu ‚Luftsicherheit‘, von ‚Out of Area‘ zu ‚Parlamentsvorbehalt ‘Bundeswehreinsatz’ G8-Gipfel‘		19
1	Grundpositionen in der aktuellen Sicherheitsdebatte	19
2	Die beiden sicherheitspolitischen Grundlinien in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	22
2.1	Bundesverfassungsgericht und innere Sicherheit	23
2.2	Bundesverfassungsgericht und äußere Sicherheit	26
3	‚Einsatz‘ der Bundeswehr beim G8-Gipfel und Parlamentsvorbehalt?	28
3.1	Umfang und Art der Beteiligung der Bundeswehr	28
3.2	Bewertung von Regierung und Opposition	29
3.3	Klage Bündnis 90 / Die Grünen und Entscheidung Bundesverfassungsgericht	31

Grundrechte

Martin H. W. Möllers

Die Diskussion über die Menschenwürde und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘	37
1 Ausgangslage: Internationaler Terrorismus und das ‚Grundrecht auf Sicherheit‘	37
2 Zur Frage der Unantastbarkeit der Menschenwürde in Kommentierungen des Grundgesetzes	40
2.1 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Dürig	41
2.2 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Herdegen	44
3 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei Grundrechten, bei denen die Menschenwürde eine besondere Bedeutung einnimmt	47
3.1 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zusammenhang mit Misshandlungen zur Aussageerzwingung bei der Polizei	47
3.1.1 Untersuchung der theoretischen Beispiele in Bezug auf präventiv-polizeiliche Folter zur Gefahrenabwehr	48
3.1.2 Konsequenzen für die Polizei, wenn präventiv-polizeiliche Folter zur Gefahrenabwehr gesellschaftlich anerkannt wäre	49
3.1.3 Plädoyer für ein absolutes Folterverbot – auch präventiv-polizeilich zur Gefahrenabwehr	50
3.2 Zum Verhältnis Menschenwürde und ‚Lauschangriff‘ in Rechtsprechung und Lehre	50
3.2.1 Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	51
3.2.2 Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in der politischen Diskussion bis zur Gesetzesänderung	54
3.3 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘	56

Hans Peter Bull

Grundsatzentscheidungen zum Datenschutz bei den Sicherheitsbehörden – Rasterfahndung, Online-Durchsuchung, Kfz-Kennzeichenerfassung und Vorratsdatenspeicherung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	65
1 Die Entscheidungen im Überblick	65
1.1 Rasterfahndung nur bei konkreter Gefahr	66
1.2 Begrenzung der Online-Durchsuchung: Das ‚Computer-Grundrecht‘	67
1.3 Unbestimmtheit der Vorschriften über die automatisierte Kennzeichen-Erfassung	68
1.4 Die Vorratsspeicherung von Telekommunikations-Verkehrsdaten	69
1.5 Zusammenhang mit früheren Entscheidungen	71
2 Die wesentlichen Ansätze der Kritik	73
2.1 Allgemeine Einschätzung der Entscheidungen	73
2.2 Die Datenschutzdogmatik in der Entwicklung	77
2.2.1 Ein neues Grundrecht?	77
2.2.2 ‚Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme‘ als grundrechtliches Schutzgut	78
2.2.3 Die Wirkungsweise des ‚Computer-Grundrechts‘	79
2.2.4 Lückenhaftigkeit des bisherigen Grundrechtsschutzes?	79
2.2.5 Informationelle Selbstbestimmung als Selbstzweck?	80
2.3 ‚Einschüchterung‘ als Kernproblem?	82
2.4 Der Eingriffsbegriff und die Eingriffsschwere	85
2.5 Zu geringes Gewicht von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	86
2.6 Die Inpflichtnahme der Telekommunikationsdiensteanbieter	89
3 Rasterfahndung	90
3.1 Rechtstreue der Staatsorgane, Selbstbewusstsein der Bürger?	90
3.2 Das Verfassungsgericht als Vormund des Gesetzgebers	92

4	Folgerungen für Politik und Verwaltung	93
4.1	Beruhigung der Öffentlichkeit durch neue Datenschutzgesetze?	93
4.2	Rechtlicher Schutz gegen unangenehme Gefühle?	94
4.3	Mehr Offenheit!	94
4.4	Die Diskussion geht weiter – aber wie?	95

Martin H. W. Möllers

Entscheidungen des BVerfG zur Versammlungsfreiheit zwischen ‚Rechtsprechungstradition‘, ‚Zeitgeist‘ und ‚Staatsräson‘	97
---	----

1	Die Grundrechts-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	97
2	Die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in der vorkonstitutionellen deutschen Tradition	98
3	Der Brokdorf-Beschluss als Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts	100
3.1	Die Versammlungsfreiheit als demokratisches Teilhaberecht	102
3.2	Verfassungsrechtliche Anforderungen an Beschränkung, Verbot und Auflösung einer Versammlung	104
3.3	Kritische Würdigung des Brokdorf-Beschlusses	107
4	Die Folgewirkungen des liberalen Brokdorf-Beschlusses auf aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit	108
4.1	Die aktuelle Entscheidung des BVerfG zur Aufhebung eines Versammlungsverbots	109
4.2	Die Änderung des Versammlungsgesetzes	111

Martin H. W. Möllers

„Ein vom Elend der Welt unbeschwertes Gemüt des Bürgers ist kein Belang, zu dessen Schutz der Staat Grundrechtspositionen einschränken darf“ – Zur Stärkung des Demonstrationsrechts in Flughäfen und Bahnhöfen durch das Bundesverfassungsgericht 113

1	Die Ausgangslage der gerichtlichen Entscheidung	113
2	Die Leitsätze	114
2.1	Erweiterung der unmittelbaren Grundrechtsbindung auf gemischtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform	114
2.2	Weitergehende Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in Abfertigungshallen von Flughafengebäuden	118
3	Keine Begrenzung des Schutzbereichs der Meinungsfreiheit auf öffentliche, der Kommunikation dienende Foren	119
4	Prognosen aus dem Urteil	121

Martin H. W. Möllers

Der Bielefeld-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Lichte von „Wunsiedel“: Zum Sonderrecht bei Meinungsäußerungen von Rechtsextremisten 125

1	Einleitung	125
2	Die Entscheidungsbedeutung des Wunsiedel-Beschlusses	127
3	Der Bielefeld-Beschluss im Lichte von „Wunsiedel“	131
4	Quintessenz und Ausblick	133

Robert Chr. van Ooyen

(K)ein Kopftuch für Polizistinnen? Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus pluralismustheoretischer Sicht 135

1	Fraenkels Neo-Pluralismus	137
---	---------------------------	-----

2	„Kopftuch-Entscheidung“ und Polizeiuniform	140
2.1	Hintergrund der „Kopftuch-Entscheidung“	140
2.2	Mehr pluralistische Demokratie im öffentlichen Dienst wagen?	142
2.3	Schlussfolgerungen für die Polizei	144

Martin H. W. Möllers

	„Erhebliches Vollzugsdefizit“ bei den Absprachen im Strafprozess – Das Bundesverfassungsgericht segnet grundsätzlich den Deal im Strafprozess ab	147
1	Ausgangslage: Zur Entwicklung der Absprachen im Strafprozess	147
2	Erster Grund zur Notwendigkeit von Absprachen im Strafprozess: Überlastung	149
3	Zweiter Grund zur Notwendigkeit von Absprachen im Strafprozess: Richterbewertung	151
4	Dritter Grund zur Notwendigkeit von Absprachen im Strafprozess: Anwaltsmissbrauch	154
5	Bewertung des Urteils	156
5.1	Zweifel an den grundrechtlichen Prüfungsmaßstäben	156
5.2	Der Vollzug des verfassungsgemäßen Verständigungsgesetzes ist defizitär	157
6	Dokumentation	158
	Hinweise zu den Autoren	163